



FREUNDE DER ERDE

Kreisgruppe Südpfalz

Presseinformation

11. Juni 2010

Mautflüchtlinge in der Südpfalz

Halbherzigkeiten bringen keine Abhilfe

Landesregierung soll handeln

Mit der von Bundesverkehrsminister Ramsauer im Zusammenhang mit dem Sparpaket angekündigten Ausweitung der LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen ist beispielsweise den Anwohnern der B 10 im Queichtal oder der B 272 überhaupt nicht gedient. Hier leben Menschen, die Jahr um Jahr zu leiden haben unter den ungesunden Folgen eines bisher nicht einzudämmenden Stroms von Mautflüchtlingen.

Da dies so ist, fordert der BUND die Landesregierung auf, nicht auf die von Berlin vage in Aussicht gestellte Ausweitung der LKW-Maut lediglich auf vierspurige Bundesstraßen zu bauen, sondern für Ausweichstrecken mit mehr als 150 LKW pro Tag Transitverbote zu erlassen.

Vor allem aber muss die Landesregierung mit anderen Landesregierungen darauf drängen, dass Berlin umgehend ein Konzept zur Mauterhebung auf Bundesstraßen vorlegt, wonach die LKW-Maut auf **alle Bundesstraßen ausgedehnt wird, auf die seit Mauteinführung täglich mehr als fünfzig schwere LKW ausweichen.**

Eine solche Regelung brächte nicht nur eine verbesserte Unfallstatistik sowie eine Reduktion von Lärm und Feinstäuben, sondern auch eine Steigerung der Lebensqualität für Menschen, deren Los es ist, im Einwirkungsbereich von Fernstraßen zu leben.

Nach Erhebungen des Bundesverkehrsministeriums weichen täglich auf über 10.000 Kilometern Bundesstraße mehr als 50 Schwerlaste aus.

Hilfreich in diesem Zusammenhang wäre sicherlich auch, wenn endlich die projektierte Ausdehnung der deutschen Mauttechnik auf die A 35 im benachbarten Elsass umgesetzt würde.

Ulrich Mohr für BUND Südpfalz